

Pressesprecher

Bernd Sanders

Landeshaus

24100 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

e-mail: info@cdu.ltsh.de

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 237/01 vom 31. Mai 2001

TOP 34

Torsten Geerds: Ehrenamtliche Berater brauchen Sicherheit

Obwohl die Haushaltslage brisant ist, beschäftigen wir uns heute auf Antrag meiner Fraktion wieder mit einem Thema, das auf den ersten Blick Kosten verursacht.

Das Jahr 2001 ist das „Internationale Jahr der Freiwilligen“. 136 ehrenamtlich Tätige haben im vergangenen Jahr 26.520 Beratungsgespräche am Kinder- und Jugendtelefon geführt. Sie leisten damit Gesprächsangebote für Kinder- und Jugendliche aller Altersstufen. Die Nutzer schätzen die leichte Erreichbarkeit und die garantierte Anonymität.

Die 136 Ehrenamtler werden von 4 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie zwei Honorarkräften unterstützt. Insgesamt gibt es vier Kinder- und Jugendtelefone landesweit. Bundesweit sind 78 solcher Telefone geschaltet. Im vergangenen Jahr kam es zu insgesamt 570.000 dokumentierten Gesprächen.

Für dieses Hilfsangebot entstehen im Lande Schleswig-Holstein Kosten in Höhe von 550.000 DM. Ein Großteil dieser Kosten wird durch die Telekom gesponsert. Rechnet man dann noch die ehrenamtliche Arbeitsleistung und das Sponsoring runter, verbleiben reale Kosten in Höhe von ca. 230.000 DM.

Mit unserer Landtagsinitiative möchten wir erreichen, dass wir die Ehrenamtler von der Last befreien, jeweils zum Jahresende vor der Situation zu stehen, dass die weitere Finanzierung und damit der Fortbestand des Kinder- und Jugendtelefons gefährdet ist.

Das ist eine völlig unbefriedigende und unakzeptable Lage für ehrenamtlich Tätige. Wir alle wissen, dass uns diese Freiwilligenarbeit Jahr für Jahr enorme Kosten erspart.

Die Freiwilligen zahlen ihre umfangreiche Ausbildung aus eigener Tasche. Mit 250 DM ist jeder von ihnen mit von der Partie. Für alle Beraterinnen und Berater ist vor Beginn der Beratungstätigkeit eine abgeschlossene Ausbildung erforderlich. Sie umfasst mindestens 60 Stunden. Für alle Ehrenamtler ist eine praxisbegleitende

Supervision verbindlich vorgeschrieben. Pro Jahr muss jeder Freiwillige an einer Weiterbildung teilnehmen.

Aber nicht nur aus Kostengründen und auch nicht weil wir uns im „Internationalen Jahr der Freiwilligen“ befinden, haben wir dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Kinder- und Jugendtelefone leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Eltern.

Wer sich anschaut wie sich die Zahl der 26.520 Anruferinnen und Anrufer zusammensetzt, der stellt sehr schnell fest, dass dieses Klientel durch die Arbeit noch so engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugend- und Sozialämtern überhaupt nicht zu erreichen ist.

68% der Nutzer sind Mädchen, 32% Jungen. 69% der Anrufer sind zwischen 11 und 15 Jahre alt.

Die angesprochenen Probleme sind vielfältig. Sie liegen in den Bereichen Gewalt in den Familien, Suchtverhalten, Schule und Ausbildung, Partnerschaftsprobleme.

Die haupt- und ehrenamtlichen Helfer der Kinder- und Jugendtelefone hören zu, nehmen Probleme ernst, nennen Namen und Anschriften von Beratungseinrichtungen.

Die Erfolge der Arbeit der Kinder- und Jugendtelefone sind finanziell nicht sofort messbar. Hier ist ein hoher präventiver Ansatz vorhanden. Wir können davon ausgehen, dass uns durch die erfolgreiche Arbeit der Kinder- und Jugendtelefone Folgekosten in der Jugend- sowie in der Sozialhilfe erspart bleiben.

Und daher ist es eben nicht mehr ausreichend, dass zwar alle die Arbeit der Kinder- und Jugendtelefone loben und würdigen, aber möglichst niemand einen Pfennig dazubezahlen möchte. Die vier im Lande vorhandenen Kinder- und Jugendtelefone müssen finanziell dauerhaft abgesichert werden. Es ist nicht akzeptabel, dass engagierte Freiwillige von Jahr zu Jahr zittern müssen, ob ihre unverzichtbare Arbeit mit einem hohen finanziellen und zeitlichen Aufwand fortgesetzt werden darf.

Jede andere Lösung als das Kinder- und Jugendtelefon kommt dem Staat teuer zu stehen.

Wir bedanken uns für den Bericht und gehen davon aus, dass uns die Jugendministerin in einer der nächsten Sozialausschusssitzungen darüber informieren wird, wie die finanzielle Unterstützung für die Zukunft ganz konkret aussehen wird.